Protokoll
der 21. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit
der Bezirksverordnetenversammlung von Steglitz-Zehlendorf
von Berlin
am 10. Mai 2005

Beginn: 16:30 Uhr Ende: 18:30 Uhr

Anwesende: siehe Anlage

Der Vorsitzende **Herr BV Fengler** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Weiterhin begrüßt er Herrn Horstig von der Beratungsstelle für sexuell übertragbare Krankheiten für den Bereich Tempelhof, Schöneberg, Steglitz und Zehlendorf.
Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet der Ausschussvorsitzende den Tagesordnungspunkt 2.3 vorzuziehen und danach den Tagesordnungspunkt 3 zu behandeln. Hiergegen gibt es keine Einwände.

TOP 1 – Bürgerfrageviertelstunde

Es liegen dem Ausschuss keine Anfragen vor.

TOP 2 - Anträge

TOP 2.3 – Prävention durch Aufklärung
Drucksache: 1465/II – SPD-Fraktion

Herr Horstig berichtet, dass seit Inkrafttreten des Prostitutionsgesetzes im Jahre 2001 keine Statistiken mehr über die Zahl der Prostituierten geführt werden. Um dem illegalen Menschenhandel zu begegnen gäbe es in Berlin 40 Beratungsstellen, wobei keine dieser Einrichtungen im Zusammenhang mit der sogenannten Visa-Affäre einen Anstieg von illegaler Prostitution beobachtet habe.
Die Präventionsmaßnahmen der für die Bezirke Tempelhof-Schöneberg und Steglitz-Zehlendorf zuständigen Beratungsstelle würden in Zusammenarbeit mit der Polizei (Polizeidirektion IV) durchgeführt. Der Schwerpunkt der Prostitution läge in der Region im Norden von Schöneberg, wo die Beratungsstelle in der Kurmärkischen Straße im Rahmen eines sogenannten „Montags-Treff“ ein medizinisches und soziales Beratungsangebot vorhält.
BV Dr. von Hirschhausen schlägt der SPD-Fraktion vor, in Anbetracht der **von Herrn Horstig** geschilderten Sachverhalte ihren Antrag zurückzuziehen.
BV Krohm betont die Wichtigkeit der erhaltenen Informationen. Sie zieht die Drucksache Nr. 1465/II zurück.

TOP 3 – Sachstandsbericht ÖGD-Reform

Herr Dr. Beyer berichtet über die Sitzungen des Lenkungsausschusses am 21.März und 3. Mai, bei denen folgende Beschlüsse gefasst worden sind:

- Festlegung der Kernaufgaben, die bei einheitlicher Grundstruktur künftig von den LUV Gesundheit in allen 12 Bezirken wahrgenommen werden sollen.

- die Aufgaben Qualitätssicherung, Planung und Koordination sollen zukünftig in einer Organisationseinheit bei dem für das Gesundheitswesen zuständigen Mitglied des jeweiligen Bezirksamtes wahrgenommen werden.

- Die Aufgabenwahrnehmung für den Bereich Sinnesbehinderung soll an drei Standorten (Hör-, Seh-, Sprachbehinderte) erfolgen.

- Die Aufgabenwahrnehmung für den Bereich des bisherigen sozialmedizinischen Dienstes und der Beratungsstellen für sexuell übertragbare Krankheiten, einschließlich AIDS soll auf vier regionale Zentren für sexuelle Gesundheit und Familienplanung, davon mindestens ein Zentrum mit unmittelbarer Klinikanbindung konzentriert werden. Als Standorte sind Friedrichshain, Mitte, Marzahn oder Lichtenberg, sowie Steglitz-Zehlendorf gemeinsam mit Tempelhof –Schöneberg (Klinikanbindung auf dem Campus Benjamin Franklin, Beratungsstelle für sexuell übertragbare Krankheiten im Norden von Schöneberg) vorgesehen.

- Erhalt von zwei Zentren für Tuberkulosefürsorge mit Standort in Tempelhof-Schöneberg bzw. Lichtenberg

Herr Dr. Beyer spricht die Probleme, die sich aus der geplanten Verlagerung von Therapeuten zur Schulverwaltung ergeben an und berichtet, dass sich die CDU-Fraktion aus den Gremien der ÖGD-Reform zurückgezogen hat.
BV Dr. Kottusch-Geiseler problematisiert, dass der Projektausschuss nur unzureichend an den einzelnen Reformschritten beteiligt wird.
BV Kopp fragt im Zusammenhang mit der Aufstellung des Haushaltes für die Jahre 2006/2007 welche Konsequenzen sich hierfür aus der ÖGD-Reform ergeben würden.
BzStR`in Otto erklärt, dass zum jetzigen Zeitpunkt nur feststehe, dass von den ca. 84 Mio. Euro, die berlinweit den ÖGDs zur Verfügung stehen, mindestens 10 % eingespart werden sollen.
Herr Dr. Beyer erklärt, dass bei den Berechnungen Nachkorrekturen erforderlich sind, da die bisherigen Zahlen auf dem Haushaltsjahr 2003 beruht haben und auch nicht durch Ergebnisse einer aktuellen Personalerhebung unterlegt werden konnten. Er stellt dar, in welchen Bereichen die Einsparungen vorgenommen werden sollen und macht deutlich, dass von Seiten der Senatsverwaltung im Rahmen der ÖGD-Reform eine Konzentrierung von Aufgaben und damit eine Umverteilung von einem Teil des Personals vorbereitet werde, wobei in Abstimmung mit Sen Fin mit diesen Maßnahmen in 2006 begonnen werden soll. Im Sinne des o.g. Beschlusses des Lenkungsausschuss werde der Produktkatalog für die Pflichtaufgaben der allbezirklichen Dienste bis Ende August überarbeitet. Bezugnehmend auf den Antrag von **BV Wagner** zu den Leistungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes berichtet das Bezirksamt, dass im Rahmen der Einsparung für 2005 das Produkt Pflegerische Behandlungsmaßnahmen in einer Gemeinschaftseinrichtung für Schwerbehinderte Kinder in Lichtenberg und die speziellen gesundheitlichen und sozialen Hilfsangebote für gesamt Berlin bei von Behinderung bedrohten

bzw. behinderten Kindern und Jugendlichen (Präventionsschwimmen) des BA Mitte ersatzlos weggefallen sind (siehe **Anlage**). Bei den gemäß der Bewertung in den Phasen I und II der ÖGD-Reform wegfallenden sonstigen Aufgaben handele es sich nicht um Produkte, sondern um einzelne Leistungen im Rahmen einer komplexen Aufgabenwahrnehmung die zum größten Teil heute schon nicht mehr vom ÖGD wahrgenommen werden, bzw. bereits jetzt zum Aufgabenspektrum anderer Leistungsanbieter gehören.

TOP 2.1 Leistungen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD)
Drucksache: 1412/II – BV Wagner

Vor dem Hintergrund der Erörterungen zur ÖGD-Reform wird der Antrag zurückgezogen.

TOP 2.2 – Berichterstattung der Patientenfürsprecher/innen
Drucksache 1413/II – BV Wagner

BV Wagner erläutert, dass der Antrag das „Instrument“ der Patientenfürsprecher schärfen soll.
BzStR´in Otto erklärt, dass Patientenfürsprecher gewählt und von der BVV bestätigt werden müssen. Die Krankenhäuser hätten bei der Auswahl der Patientenfürsprecher ein Vorschlagsrecht. Für die Zukunft wird angeregt dieses Ehrenamt öffentlich auszuschreiben.
BV Kopp befürchtet, dass eine noch weitergehende Strukturierung der Jahresberichte nur zu einer „Bürokratisierung“ führen würde, der Antrag sei überflüssig.
Herr Dr. Beyer schlägt vor, in Ergänzung zum Anschreiben an die Patientenfürsprecher/innen aus dem Jahre 2002, die Punkte 1 und 2 aus dem Änderungsantrag der Bezirksverordneten Wagner in einem Schreiben den Patientenfürsprechern/innen zukommen zu lassen mit der Bitte, diese Aspekte bei zukünftigen Jahresberichten zu berücksichtigen. Auf die Frage von BV Wagner, welche Möglichkeiten das Bezirksamt hat Einfluß zu nehmen, verweist er auf die regelmäßigen Treffen mit den ehrenamtlich in den Krankenhäusern Tätigen.
BV Dr. Kottusch-Geiseler bemängelt die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen für Patientenfürsprecher/innen in den Krankenhäusern des Bezirkes. Diese sollten angeglichen werden. Nach ihrer Einschätzung würden bisher Konflikte mit den Klinikleitungen nicht offen ausgesprochen.
Der Antrag wird, auf Grund der Zusage des Bezirksamtes demnächst in einem Schreiben an die Patientenfürsprecher/innen noch einmal die Kriterien für die Abfassung der Jahresberichte aufzulisten, von **BV Wagner** zurück gezogen.

TOP 4 – Bericht aus dem Bezirksamt

TOP 5 – Verschiedenes

Das Protokoll der 20. Sitzung wird ohne Änderungen angenommen.

Das Protokoll der 19. Sitzung wird mit geringfügigen Änderungen angenommen.

Die Ausschussitzung am 31.5.05 fällt aus.
Die nächste Ausschusssitzung findet am ***20. Juni 2005*** statt.

Ausschussvorsitzende:	BV Fengler
Schriftführer:	BV Mückisch
Protokoll:	Herr Bragulla

Produktblatt

Produkt: 62688	R- Pflegerischer Behandlungsmaßnahmen in einer Gemeinschaftseinrichtung für schwerbehinderte Kinder (BA Lichtenberg)
Produktgruppe: 5140	Spezielle gesundheitliche Hilfen für Menschen mit Behinderung
Produktbereich: 1098	Gesundheitliche Beratung, Betreuung und Hilfe sowie Gesundheitsschutz
Fachgebiet:	Gesundheitsamt
	41 Gesundheit

1 Produktdefinition

Kurzbeschreibung (Ergänzend zu den Leistungen auf den folgenden Seiten):

Durchführung der Behandlungspflege, Nachweisführung in der Pflegedokumentation.
Unterstützung und Beratung und Anleitung von Pädagogen.
Gesundheitserziehung.
Erste-Hilfe-Maßnahmen.
Mitwirkung bei jugendärztlichen Vorsorgeuntersuchungen.

Zusammenfassende Darstellung der Auftragsgrundlage (Beispiele für gesetzliche Grundlagen auf den folgenden Seiten):

GDG, SGB XII, KJHG, SGB, Schulgesetz.

Zusammenfassende Darstellung der Zielgruppe:

Mehrfach und schwerstmehrfach behinderte Kinder und Jugendliche und deren Bezugspersonen in Gemeinschaftseinrichtungen.

Ziele 1. Teil (Allgemeine Zielsetzung):

Absicherung der Behandlungspflege bei der Rehabilitation mehrfach und schwerstmehrfach behinderter Kinder und Jugendlicher in Gemeinschaftseinrichtungen.

Ziele 2. Teil (Erster Vorschlag der Qualitätsziele):

Für dieses Produkt wurden noch keine Ziele 2. Teil definiert.

2 Leistungsumfang

Bezugsgröße für das Produkt: Anzahl der Maßnahmen

0112905 Gesundheitserziehung und Anleitung zur behinderungsspezifischen Eigenversorgung
gesetzl. Grundlage: GDG, KJHG

0112906 Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung von Impfungen und jugendärztlichen Vorsorgeuntersuchungen
gesetzl. Grundlage: GDG

0112907 Pflegedokumentation

0112909 Absicherung erforderlicher Ersten-Hilfe-Maßnahmen
gesetzl. Grundlage: GDG

3172901 Behandlungspflege für behinderte Kinder und Jugendliche in Gemeinschaftseinrichtungen und Wahrnehmung der Pflegedokumentation
gesetzl. Grundlage: KJHG, GDG, SGB XII, SGB

(c) 1996,1997 Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin

3172900 Sicherstellung der Behandlungspflege mehrfach- und schwerstmehrfach behinderter Kinder in Sonder-Kindertagesstätten
gesetzl. Grundlage: GDG, SGB XII, KJHG

3172899 Sicherstellung der Behandlungspflege mehrfach- und schwerstmehrfach behinderte Kinder und Jugendlicher (Schülerinnen und Schüler) in Gemeinschaftseinrichtungen (Sonderschulen)
gesetzl. Grundlage: GDG, SGB XII, KJHG

3 Finanzen, Budget

Daten zu den Bereichen Finanzen und Budget werden im Rahmen der Einführung der DV-gestützten Kosten- und Leistungsrechnung ermittelt.

externes Produkt, budgetierbar

4 Qualitätsindikatoren

1. Einhaltung fachlicher Standards.
2. Vollständigkeit der Dokumentation.

5 Erläuterungen

Hinweis zur Bezugsgröße:
BG-Art: laufend zu zählende BG
Grundlage BG: Einzelaufschreibung
Eingabe in Modul DPV-X: monatliche Einzelerfassung

Produktblatt

Produkt: 72627	R- Spezielle gesundheitliche und soziale Hilfsangebote für Gesamtberlin bei von Behinderung bedrohten bzw. behinderten Kindern und Jugendlichen (BA Mitte)
Produktgruppe: 5140	Spezielle gesundheitliche Hilfen für Menschen mit Behinderung
Produktbereich: 1098	Gesundheitliche Beratung, Betreuung und Hilfe sowie Gesundheitsschutz
Fachgebiet:	Gesundheitsamt
	41 Gesundheit

1 Produktdefinition

Kurzbeschreibung (Ergänzend zu den Leistungen auf den folgenden Seiten):

Planung, Organisation und Durchführung von Präventionsschwimmen für von Behinderung bedrohte und behinderte Kinder und Jugendliche für Berlin.

Zusammenfassende Darstellung der Auftragsgrundlage (Beispiele für gesetzliche Grundlagen auf den folgenden Seiten):

AZG, GDG

Zusammenfassende Darstellung der Zielgruppe:

von Behinderung bedrohte und behinderte Kinder und Jugendliche.

Ziele 1. Teil (Allgemeine Zielsetzung):

Vermittlung von Hilfen zur Linderung der behinderungsbedingten Einschränkung mit dem Ziel weitestgehender Eingliederung und Selbständigkeit.

Ziele 2. Teil (Erster Vorschlag der Qualitätsziele):

Flächendeckende und kontinierliche Durchführung des Präventions-schwimmens für Kinder und Jugendliche für Gesamt-Berlin.

2 Leistungsumfang

Bezugsgröße für das Produkt: Anzahl der Teilnehmer

0111650 Planung, Organisation und Durchführung des Präventionsschwimmens
gesetzl. Grundlage: GDG, KJHG

3 Finanzen, Budget

Daten zu den Bereichen Finanzen und Budget werden im Rahmen der Einführung der DV-gestützten Kosten- und Leistungsrechnung ermittelt.

externes Produkt, budgetierbar

4 Qualitätsindikatoren

1. Kundenmonitoring

5 Erläuterungen

(c) 1996,1997 Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin

Hinweis zur Bezugsgröße: jeden Teilnehmer zählen.

Hinweis zur Bezugsgröße:
BG-Art: laufend zu zählende BG
Grundlage BG: Einzelaufschreibung
Eingabe in Modul DPV-X: monatliche Einzelerfassung